

# **PR-Info - der Personalrat informiert**

Ausgabe 11

März 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
aus aktuellem Anlaß gibt es eine weitere Ausgabe um Euch schnell und umfassend zu informieren, damit wir alle gemeinsam auch die Möglichkeit haben zu handeln!

## **Jetzt ist die Katze aus dem Sack!**

### **Stadtrat soll**

# **MAXIMAL**

# **SPARKURS**

## **am 30. März pauschal zustimmen!**

Am Montag fand ein Pressegespräch mit der Bürgermeisterin und dem Sparberater Niemann statt, die Tageszeitungen berichteten am Dienstag darüber, wie es bei der Stadtverwaltung nun weitergehen soll. Dann gab es einige Stunden später eine Information der Bürgermeisterin an die Belegschaft. In genau einer Woche ist es soweit. Am 30. März soll der Stadtrat die ersten weitreichenden Entscheidungen treffen. Dann spitzt sich weiter zu, was sich viele bislang kaum vorstellen konnten. Deshalb vom Personalrat der

**Aufruf an alle Mitarbeiterinnen zur Ratssitzung  
- am 30.03. um 17.00 Uhr, Rathaus - zu kommen!**

Der Brief der Bürgermeisterin mit der Kopie der Sitzungsvorlage für die Ratssitzung erzeugte in der Belegschaft und im Personalrat **Unverständnis** und **Entsetzen!**

**Nach klaren Gesprächsangeboten des Personalrates soll nun offensichtlich gegen und nicht mit der Belegschaft der Kurs der Konsolidierung der städtischen Finanzen eingeschlagen werden!**

Mit der Belegschaft und dem Personalrat, wurde bislang über den 12-Punkte Plan nicht gesprochen. Das ist nicht nur vom Stil her nicht in Ordnung!

**Das widerspricht den gesetzlichen Grundsätzen des LPVG, nach dem der Personalrat frühzeitig und umfassend zu informieren ist!**

Ziemlich bizarr wirkt das Anschreiben der Bürgermeisterin: einerseits soll eine **Wiederbesetzungs-, Beförderungs- und Höhergruppierungssperre** umgesetzt werden. Andererseits wird an die Mitarbeiterinnen appelliert **engagiert und motiviert mitzuarbeiten**.

Lobenswert ist, dass die Bürgermeisterin betont, **dass betriebsbedingte Kündigungen kein Thema sind**. Gleichzeitig ist in der Vorlage für den Rat jedoch die Rede davon, dass das Einsparziel in 2006 4,4 Mio. Euro ist und es vom Rat erwartet wird, dass er diesem Ziel alles andere unterordnet. Nimmt man diese Zahl, das Ziel und die dazu aufgelisteten Einrichtungen mit einem Zuschußbedarf von 3,146 Mio. Euro- braucht man nicht besonders viel Phantasie, um sich auszumalen was das bedeutet: Entweder ist das Ziel völlig unrealistisch oder....!

Liest man sich den Beschlußvorschlag mit den 12 Punkte-Maßnahmenkatalog durch, bekommt das nun klarere Konturen, was auf der Personalversammlung nur angedeutet worden ist:

**Der Rat beschließt und gibt eine Ermächtigung an die Verwaltung, alles dem Ziel der Kostenreduzierung unterzuordnen. Der Maßstab ist die dauerhafte Konsolidierung des städt. Haushaltes, mit dem Ziel maximale Einsparungen zu erreichen.**

Wenn es jetzt heißt von 14 Mio auf 9,6 Mio = 4,4 Mio und dann bis 2009 von 14 Mio auf 0 zu kommen, dann ist es für alle unvorstellbar, wie das ohne

**Komplett - Zerschlagung von vielen Einrichtungen erreicht werden soll. Es kann bei dem alleinigen Maßstab der „dauerhaften Konsolidierung“ kaum eine politische Diskussion mehr stattfinden!**

Nach dem nun vorliegenden 12-Punkte Plan scheint der Sparberater überflüssig zu sein. Eine Aufstellung der Zuschußbedarfe der Einrichtungen kann jeder Sachbearbeiter im Rathaus erstellen. Dann hinzugehen und zu entscheiden, dieses und jenes ist zu schließen oder zu privatisieren und entsprechend von der Verwaltung und Politik zu beschließen und zu vollziehen ist, dazu benötigt man sicherlich keinen externen Sparberater!

In dem Zusammenhang ist die Forderung nach 150.000 Euro für „Hilfe von betriebswirtschaftlich ausgerichteten Fachleuten“ zuzüglich der 85.000 Euro Honorar für Herr Niemann plus etliche Tausend Euro für die unterstützende Vorzimmerkollegin, eine ganz besondere Farce.

**Erst hieß es, es gibt einen richtig guten Berater plus einen Banker, jetzt haben wir einen Politiker bekommen, der erst mal noch richtig Geld fordert für weitere externe Berater die Gutachten erstellen, die dann wie bisher in Waltrop Praxis, entweder in der Schublade verschwinden oder eine Güte haben, dass man sie verwaltungsintern ebensogut hätte erarbeiten können. Wie man unschwer an dem letzten Reinigungsgutachten sehen kann, bei dem gut 200.000 regelrecht verbrannt oder aus dem Fenster geworfen wurden !**

Da drängt sich der Gedanke auf, dass die Personalentscheidung der Bezirksregierung nicht so wirklich die Richtige war, denn:

**Benötigt man betriebswirtschaftliche Beratung , dann muß man einen Betriebswirt nehmen und nicht einen Politiker mit juristischer Ausbildung, es sei denn der Berater soll eher Bestatter sein?**

Die Beschlußvorlage enthält zahlreiche beteiligungspflichtige Sachverhalte. Der Personalrat hätte im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit frühzeitig und umfassend einbezogen werden müssen. Das ist nicht geschehen. Statt dessen bekommen wir die Vorlage + Infoschreiben der BM. Information «st nicht mit Beteiligung zu verwechseln. Darauf hat der PR verschiedentlich sehr deutlich hingewiesen.

**Die Mißachtung der Beteiligungsrechte des PR sind nicht hinnehmbar! Nicht mit, sondern gegen die Belegschaft**

scheint im Moment die Devise im Waltroper Rathaus zu sein, Der Leser und die Leserin der Sitzungsvorlage hat den Eindruck, dass die Autoren der Sitzungsvorlage der Meinung sind:

**Die Mitarbeiterinnen sind die natürlichen Feinde der Haushaltskonsolidierung. Das Gegenteil ist der Fall!**

Will man Konsolidierung in dem beabsichtigten enormen Umfang hin bekommen wie es die Zahlen nahelegen, dann geht das nur und ausschließlich mit der Unterstützung der Mitarbeiterinnen. Vorschlagswesen, Ideen rund um das Thema Einnahmeverbesserungen, richtig gute Ideen und Vorschläge, wie Vorgänge schneller und rationeller und mit weniger Personal erledigt werden können, gibt es nur mit guten, motivierten und tarifgerecht bezahlten Mitarbeiterinnen. Im Übrigen ist

**der Bruch des Tarifvertrages, den der Rat beschließen soll, in keinster Weise hinnehmbar. Was für ein Signal soll hier in Richtung Belegschaft und Bevölkerung ausgesendet werden?**

Wie will man Mitarbeiterinnen halbwegs zur Erledigung der Aufgaben motivieren, wenn eine der Grundvoraussetzungen - tarifgerechte Bezahlung, per Ratsbeschluß ausgesetzt wird? Wie will man Mitarbeiter motivieren, wenn es pauschale Wiederbesetzungssperren gibt? In welcher Atmosphäre sollen künftig Arbeitsleistungen erbracht werden?

Und dann ist interessant zu sehen, was neben zahlreichen Belanglosigkeiten, Selbstverständlichkeiten und der Sparliste nicht in dem 12 - Punkte Papier steht, nämlich:

Die Konzepte und Wege wie man langfristig und tragfähig die Einnahmesituation verbessert, z.B. über ein richtig gutes Einnahme-Management, den Ausbau der Wirtschaftsförderung, und, und, und. Das Alles fehlt, und kann bei Beratungsgesamtkosten von mehr als 100.000 Euro erwartet werden-oder nicht? Deshalb:

**Die Sitzungsvorlage zur Haushaltskonsolidierung kann so nicht beraten und beschlossen werden.**

**Das beste ist, der Rat beschäftigt sich zunächst einmal mit den Konsequenzen, die in der Vorlage wenig bis gar nicht erwähnt worden sind.**

**Eine solche dünne Vorlage darf nicht die Grundlage eines so weitreichenden Beschlusses sein!**

**Deshalb die Forderung der Belegschaft: Keinen Beschluß fassen, erst informieren, dann erneut auf die Tagesordnung setzen!**

**Aufruf an alle Beschäftigten  
der Stadt Waltrop:**

Wenn ihr wissen wollt wie über Eure Zukunft diskutiert und vielleicht entschieden wird, dann kommt zur Ratssitzung am Donnerstag, 30.03.2006, 17.00 Uhr möglichst zahlreich!

**Euer Personalrat**